

II-748 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Z1. 353.110/21-III/4/87

18. Mai 1987

234 IAB

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

1987 -05- 19
zu 189 J

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Kohlmaier und Kollegen haben 24. März 1987 unter der Nr. 189/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Arbeitszeitverkürzung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Werden Sie sich in Fragen der Arbeitszeitverkürzung an den Auffassungen der Sozialpartner oder an den anders lautenden Auffassungen der Frau Staatssekretär Dohnal orientieren?
2. Falls Sie ersteres beabsichtigen: Werden Sie auf die Frau Staatssekretärin dahingehend einwirken, daß sie sich ihrerseits an den Auffassungen der Bundesregierung bzw. des Bundeskanzlers orientiert?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

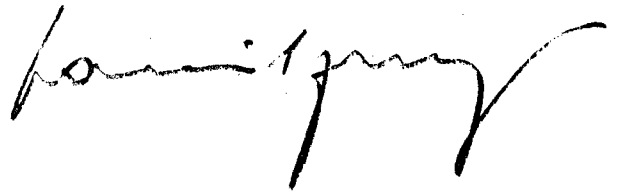
Zu den Fragen 1 und 2:

Wie in der Anfragebegründung zutreffend ausgeführt wird, ist im Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates festgelegt, daß sich die Bundesregierung in Fragen der Arbeitszeitverkürzung weitgehend an den Auffassungen der Sozialpartner orientieren wird. Ohne auf die Frage der be-

- 2 -

schäftigungspolitischen Wirkung einer Arbeitszeitverkürzung eingehen zu wollen, möchte ich feststellen, daß sich die Bundesregierung selbstverständlich an diese Vereinbarung im Arbeitsübereinkommen halten wird.

Wie mir mitgeteilt wird, waren die in der Anfrage zitierten Ausführungen von Frau Staatssekretär Dohnal zum Thema Arbeitszeitverkürzung Zitate von dem in Amerika lebenden österreichischen Philosophen Christian Anders, die sie zur Diskussion stellte. Damit wollte Frau Staatssekretär Dohnal einen Denkanstoß geben, hat aber keineswegs zum Ausdruck gebracht, daß sie über die Auffassungen der Sozialpartner hinweg entgegen dem Arbeitsübereinkommen für eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 20 Stunden eintritt. Ein "Einwirken" auf Frau Staatssekretär Dohnal, sich an der Auffassung der Bundesregierung zu orientieren, ist daher nicht erforderlich.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Pamitzner', written in a cursive style.